



Plenarprotokoll

44. Sitzung

Donnerstag, 6. März 2014

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	4454	Matthias Brauner (CDU)	4461
Wiedergewählter Fraktionsvorsitzender Udo Wolf (Die Linke)	4454	Christopher Lauer (PIRATEN)	4462
Neuer parlamentarischer Geschäftsführer Steffen Zillich (Die Linke)	4454	Matthias Brauner (CDU)	4462
Dank an den bisherigen parlamentarischen Geschäftsführer Uwe Doering (Die Linke)	4454	Katrin Lompscher (LINKE)	4463
Neuer Landesvorsitzender der Piratenpartei Christopher Lauer (PIRATEN)	4454	Bürgermeister Michael Müller	4465
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	4454	2 Fragestunde	4469
Liste der Dringlichkeiten	4454	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Steffen Zillich (LINKE)	4454	Unterrichtsversorgung mit Lehrkräften ...	4469
1 Aktuelle Stunde	4454	İlkin Özışık (SPD)	4469
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senatorin Sandra Scheeres	4469
Gescheiterte Wohnungspolitik der Achtzigerjahre – was unternimmt der Senat gegen Armutsviertel am Berliner Stadtrand?	4455	İlkin Özışık (SPD)	4470
(auf Antrag der Piratenfraktion)		Senatorin Sandra Scheeres	4470
Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	4455	Dr. Gabriele Hiller (LINKE)	4470
Iris Spranger (SPD)	4457	Senatorin Sandra Scheeres	4470
Heiko Herberg (PIRATEN)	4458	Bretterbuden am Oranienplatz	4470
Iris Spranger (SPD)	4458	Kurt Wansner (CDU)	4470
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	4459	Bürgermeister Michael Müller	4471
		Kurt Wansner (CDU)	4471
		Bürgermeister Michael Müller	4471
		Christopher Lauer (PIRATEN)	4471
		Bürgermeister Michael Müller	4471
		Wie können kleine und mittelständische Hotels und Hostels vom Tourismusboom profitieren?	4471
		Nicole Ludwig (GRÜNE)	4471
		Senatorin Cornelia Yzer	4472
		Nicole Ludwig (GRÜNE)	4472
		Senatorin Cornelia Yzer	4472
		Ajibola Olalowo (GRÜNE)	4472
		Senatorin Cornelia Yzer	4472

Trinkwasserpreissenkungsverfügung	4472
Dr. Klaus Lederer (LINKE)	4472
Senatorin Cornelia Yzer	4472
Dr. Klaus Lederer (LINKE)	4473
Senatorin Cornelia Yzer	4473
Heidi Kosche (GRÜNE)	4473
Senatorin Cornelia Yzer	4473

Buchpräsentation von Thilo Sarrazin im Berliner Ensemble	4473
Philipp Magalski (PIRATEN)	4473
Regierender Bürgermeister	
Klaus Wowereit	4473
Philipp Magalski (PIRATEN)	4474
Regierender Bürgermeister	
Klaus Wowereit	4474
Dirk Behrendt (GRÜNE)	4474
Regierender Bürgermeister	
Klaus Wowereit	4474

Sozialstrukturatlas	4474
Ulker Radziwill (SPD)	4474
Senator Mario Czaja	4474
Ulker Radziwill (SPD)	4475
Senator Mario Czaja	4475
Heiko Thomas (GRÜNE)	4475
Senator Mario Czaja	4476

Rückgang der Intensivtäterzahlen	4476
Sven Rissmann (CDU)	4476
Senator Thomas Heilmann	4476
Sven Rissmann (CDU)	4476
Senator Thomas Heilmann	4476
Sabine Bangert (GRÜNE)	4476
Anja Kofbinger (GRÜNE)	4477
Senator Thomas Heilmann	4477

Ferienwohnungen in allgemeinen Wohngebieten	4477
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	4477
Bürgermeister Michael Müller	4477
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	4477
Bürgermeister Michael Müller	4478

Thomas-Mann-Bad	4478
Dr. Gabriele Hiller (LINKE)	4478
Bürgermeister Frank Henkel	4478
Dr. Gabriele Hiller (LINKE)	4478
Bürgermeister Frank Henkel	4478
Marion Platta (LINKE)	4479
Bürgermeister Frank Henkel	4479

Aussetzung der Optionspflicht	4479
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	4479
Bürgermeister Frank Henkel	4479
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	4479

Bürgermeister Frank Henkel	4479
Canan Bayram (GRÜNE)	4480
Bürgermeister Frank Henkel	4480

Antworten auf die Spontane Fragestunde ..	4480
Christopher Lauer (PIRATEN)	4480
Regierender Bürgermeister	
Klaus Wowereit	4480
Christopher Lauer (PIRATEN)	4480
Regierender Bürgermeister	
Klaus Wowereit	4481

Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen	4481
Martin Delius (PIRATEN)	4481
Senatorin Sandra Scheeres	4481
Martin Delius (PIRATEN)	4481
Senatorin Sandra Scheeres	4481
Canan Bayram (GRÜNE)	4481
Senatorin Sandra Scheeres	4481

City-Tax für Flüchtlinge	4482
Steffen Zillich (LINKE)	4482
Senator Dr. Ulrich Nußbaum	4482
Steffen Zillich (LINKE)	4482
Senator Dr. Ulrich Nußbaum	4482

Erkenntnisse bezüglich der Brandanschläge am Oranienplatz	4482
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	4482
Bürgermeister Frank Henkel	4482
Fabio Reinhardt (PIRATEN)	4482
Bürgermeister Frank Henkel	4482
Canan Bayram (GRÜNE)	4483
Bürgermeister Frank Henkel	4483

Bezirksbeschlüsse zum Verzicht auf Zigaretten- bzw. Tabakwerbung	4483
Philipp Magalski (PIRATEN)	4483
Senator Thomas Heilmann	4483
Philipp Magalski (PIRATEN)	4483
Senator Thomas Heilmann	4483
Thomas Isenberg (SPD)	4483
Senator Thomas Heilmann	4484

3 Prioritäten	4484
gemäß § 59 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	

(Heiko Thomas)

meiner Fraktion sagen und ob es nicht an der Zeit ist, dass wir jetzt mit den neuen Statistiken, mit all den Dingen, die sie zu Recht gesagt haben, einen fraktionsübergreifenden Runden Tisch einberufen über die Frage, wie wir die soziale und gesundheitliche Struktur in diesem Land verbessern können, und zwar so, dass die Spaltung zurückgeht und nicht größer wird.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Czaja!

Senator Mario Czaja (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales):

Herr Abgeordneter Thomas! Es steht Ihnen als Abgeordneten frei, fraktionsübergreifende Initiativen zu ergreifen.

[Ramona Pop (GRÜNE): Dazu kann man auch einladen! –

Zuruf von Alexander Morlang (PIRATEN)]

Präsident Ralf Wieland:

Wir kommen jetzt zur zweiten gesetzten Frage, nun von der CDU-Fraktion. – Herr Kollege Rissmann, bitte schön!

Sven Rissmann (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Wie ist die justizpolitische Bewertung des Senats im Hinblick auf den Rückgang der Intensivtäterzahlen in Berlin?

[Zuruf von den PIRATEN: Gut!]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Heilmann – bitte schön!

[Christopher Lauer (PIRATEN): Jetzt sind wir mal gespannt: Gut!]

Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Rissmann! Ich vermute, Sie beziehen sich auf ein Interview mit dem Staatsanwalt, der für Intensivtäter zuständig ist, das gestern in der Zeitung gestanden hat. Die Zahlen sind in der Tat erfreulich, obwohl es natürlich immer noch zu viel Jugendgewalt gibt. Wir sind deswegen besonders erfolgreich, weil wir in den letzten zwei Jahren die Kriterien, ab wann jemand als Intensivtäter gilt, verschärft haben. Trotz der Verschärfung haben wir einen bedeutenden Rückgang, und zwar sowohl bei der Anzahl der Intensivtäter als auch bei der Anzahl der Taten, die sie begangen haben.

Es ist immer schwierig, Ursachen zu isolieren. Wir haben etwa 30 Projektmaßnahmen initiiert, um diesem Phäno-

men zu begegnen. Der ganz überwiegende Teil ist in sehr guter Kooperation gemeinsam mit dem Innensenator und seiner Verwaltung durchgeführt worden. Es ist sehr schwer, das auf einzelne Tatsachen zurückzuführen. Jedenfalls ist der demografische Wandel, also der Rückgang der Zahl der Jugendlichen, keine Erklärung, weil der Rückgang der Zahl der Intensivtäterstrafzahlen größer ist als der demografische Wandel.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Herr Kollege Rissmann! Möchten Sie eine Nachfrage stellen? – Dann bekommen Sie das Wort, bitte schön!

Sven Rissmann (CDU):

Danke, Herr Präsident! – Wie bewertet der Senat im Übrigen die Situation bei den Schwellentätern?

[Steffen Zillich (LINKE): Differenziert!]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator, bitte schön!

Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Für diejenigen, die das System nicht kennen: Als Intensivtäter galten bisher Täter, die zehn Straftaten in einem Jahr begangen haben. Wir haben das verschärft. Die Täter, die weniger als zehn begangen haben, aber schon eine Menge, gelten als Schwellentäter. Da ich vorhin sagte, dass wir die Kriterien, ab wann man ein Intensivtäter ist, verschärft haben, ist es logischerweise so, dass es, wenn die Schwellentäterzahl zurückgegangen ist, das erfreuliche Gesamtbild bestätigt.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die zweite Nachfrage hat Frau Kollegin Bangert das Wort. – Bitte schön!

Sabine Bangert (GRÜNE):

Herr Präsident! Ich hatte mich bei der letzten Frage eingedrückt. Sie haben oben in der Regie, glaube ich, ein Problem, weil das Licht meines Mikrofons nicht erloschen ist.

[Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Das war keine Frage!]

Präsident Ralf Wieland:

Dann Frau Kofbinger!

Anja Kofbinger (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich hatte mich tatsächlich zu dieser Frage gemeldet und frage deshalb Herrn Heilmann: Am Sonntag wurde dieses Thema bereits in der „Abendschau“ länger erörtert. Die Zahlen lagen ja vor. Der CDU-Stadtrat Liecke aus Neukölln hat dazu ein Interview gegeben und gesagt, er könne sich gut vorstellen, dass auch das Herabsetzen des Alters der Strafmündigkeit von 14 auf 13 oder 12 ein guter und großer Schritt in Richtung Lösung dieses Problems wäre. – Das hat mich erschüttert, auch den dort anwesenden Jugendrichter Andreas Müller, den Sie wahrscheinlich auch kennen. Wie stehen Sie zu dem Vorschlag Ihres Kollegen Liecke?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator – bitte schön!

Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Ich muss zugeben, dass ich mich am Sonntag meiner Familie gewidmet und diesen Beitrag verpasst habe.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Was, Sie schauen nicht „Abendschau“?]

Deswegen weiß ich nicht ganz genau, was er da gesagt hat. Ich wusste davon schlicht nicht. Ich kann Ihnen aber sagen, dass eine der 30 Maßnahmen, die ich vorhin skizziert habe, ist, dass wir die Familiengerichte früher und häufiger einschalten wollen, weil wir eine frühere Intervention bei – wie das in Amtsdeutsch so schön heißt – delinquenten Jugendlichen, also Jugendlichen, die schon mit zehn Jahren erhebliche Straftaten begehen, wollen. Ich würde gerne abwarten, ob wir da nicht sinnvoller zu Ergebnissen kommen als bei einer Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters, weil die Familiengerichte eben auch die Familie in die Pflicht nehmen müssen. Wir haben in Berlin einen Extremfall, da ist der älteste Bruder Intensivtäter, das zweitälteste Familienmitglied Intensivtäter, dann gibt es eine Tochter, dann kommt ein Zehnjähriger, der auch schon viele Straftaten begangen hat. Es ist für dieses arme Kind natürlich relativ schwierig, einen rechtmäßigen Lebensweg einzuschlagen, wenn er in einem solchen Familienumfeld aufwächst.

[Zuruf von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

– Habe ich doch eben gesagt! – Deswegen glaube ich, dass die richtige Antwort nicht die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters ist,

[Benedikt Lux (GRÜNE): Sehr gut!]

sondern der Einsatz des Familiengerichts. Das allerdings passiert in Berlin noch zu wenig, deswegen arbeiten wir daran.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Claudio Jupe (CDU)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Für die Fraktion der Grünen Frau Schmidberger. – Bitte schön!

Katrin Schmidberger (GRÜNE):

Ich frage den Senat: Das Berliner Verwaltungsgericht hat kürzlich geurteilt, dass Ferienwohnungen in allgemeinen Wohngebieten gegen das Gebot der Rücksichtnahme verstoßen und daher nur ausnahmsweise zulässig sind. Wie bewertet der Senat dieses Urteil, das auch eine Klatsche für Ihre bisherige Praxis ist?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Herr Senator Müller!

Bürgermeister Michael Müller (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Ihre Schlussfolgerung kann ich nicht nachvollziehen, denn es ist so, dass wir mit unserer Zweckentfremdungsverbotverordnung generell gegen Ferienwohnungen in allen Berliner Stadtteilen vorgehen wollen. Wir wollen damit auch spekulativem Leerstand und Abriss begegnen. Wir haben dieses Urteil bzw. diese Entscheidung des Gerichts eher so gewertet und ausgewertet, dass es offensichtlich ein Umdenken auch bei den Gerichten gibt, das deutlich macht, dass man Ferienwohnungen nicht mehr überall und unter jeder Bedingung akzeptieren muss. Ihre Schlussfolgerung kann ich also nicht teilen und nachvollziehen.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Kollegin! Möchten Sie eine Nachfrage stellen? – Bitte schön!

Katrin Schmidberger (GRÜNE):

Das liegt daran, dass Sie allen Ferienwohnungen in Berlin einen zweijährigen Bestandsschutz ermöglicht haben. Deswegen finde ich es schon merkwürdig, dass die Gerichte einen besseren Mieterschutz betreiben als Sie. Deswegen möchte ich Sie fragen: Plant der Senat für den Fall, dass das Urteil Rechtskraft erlangen sollte, den zweijährigen Bestandsschutz für Ferienwohnungen zumindest in Wohngebieten zu verkürzen?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Müller!